**An das Bundesministerium für
Umwelt, Naturschutz, Bau und
Reaktorsicherheit
Postfach 120629
53048 B O N N**

**Referentenentwürfe zur Änderung u. a. bergrechtlicher Vorschriften
Erlass vom 17.12.2014 – WR I 2 – 21111/8 sowie IVB1 – 33303/17#004**

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit o. a. Erlass wurden die Referentenentwürfe u. a. zur Änderung bergrechtlicher Vorschriften für Verfahren der Fracking-Technik vorgelegt.

Hierzu nehmen wir wie folgt Stellung:

1. Der Entwurf zur **Änderung der UVP-V Bergbau** sieht eine UVP-Pflicht für die Versenkung von flüssigen Rückständen aus der Aufsuchung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen sowie von Flüssigkeiten aus der Aufsuchung und Gewinnung von Erdwärme vor.

Mindestens so große Auswirkungen auf die Umwelt wie die o. a. Maßnahmen hat die Versenkung flüssiger Rückstände (Abfälle/Abwasser) aus dem Kalibergbau.

Von daher ist es erforderlich, auch die Versenkmaßnahmen des Kalibergbaus der UVP-Pflicht zu unterwerfen und die UVP-V Bergbau entsprechend zu ergänzen.

Es wird daher vorgeschlagen, folgende Formulierung in den Entwurf zur **Änderung der UVP-V Bergbau** aufzunehmen

„Folgende Nr. 11 wird angefügt:

Errichtung und Betrieb von Versenkbohrungen zum Zwecke der Einleitung, Wiederverwendung, Speicherung oder Beseitigung von flüssigen Rückständen, die bei Tätigkeiten oder in Einrichtungen des Kalibergbaus anfallen.“

2. Der Entwurf zur **Änderung der Allgemeinen Bundesbergverordnung (ABergV)** enthält Anforderungen u. a. an die Versenkung von Lagerstättenwasser aus der Aufsuchung

und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen. Zur Begrenzung der Auswirkungen auf die Umwelt bei der Versenkung flüssiger Rückstände (Abfälle/Abwasser) aus dem Kalibergbau sind ebenfalls gesetzliche Anforderungen erforderlich.

Es wird daher vorgeschlagen, folgende Formulierung in den Entwurf zur **Änderung der ABergV** aufzunehmen:

„Folgender § 22 c wird angefügt:

§ 22 d Anforderungen an die Versenkungen von flüssigen Rückständen und Abwässern des Kalibergbaus

(1) Flüssige Rückstände aus der Aufbereitung von Kalisalzen sowie salzhaltige Wässer von Kalihalden dürfen nur in den Untergrund versenkt werden, wenn eine Gewinnung der in den flüssigen Rückständen und Abwässern enthaltenen Salze technisch nicht möglich oder wirtschaftlich nicht vertretbar ist.

(2) Der Unternehmer darf die in Abs. 1 genannten Flüssigkeiten nur in Gesteinsformationen einbringen, die einen sicheren Einschluss gewährleisten.“

Mit umweltfreundlichen Grüßen
gez. Otto Löwer (Landesvorstandsmitglied)
gez. Rudolf Schäfer (Landesvorstandsmitglied)